

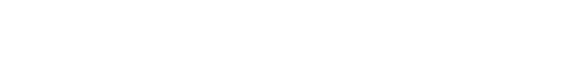


**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Bad Homburg v.d.Höhe**

SPD Bad Homburg · Nehringstr. 12 · 61352 Bad Homburg v. d. Höhe
Verein Landschaftsschutz Platzenberg e.V.



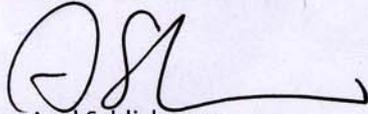
Bad Homburg, 13. März 2006



mit Schreiben vom 1. März haben Sie um eine Stellungnahme bzw. um Beantwortung einiger Fragen zum Thema Platzenberg gebeten.

Dieser Bitte möchte ich heute nachkommen und sende Ihnen in der Anlage die Antworten der SPD Bad Homburg, die ich auch im Namen des ebenfalls angeschriebenen Parteivorsitzenden Jürgen Stamm abgeben darf.

Mit freundlichen Grüßen



Axel Schlicksupp
Fraktionsvorsitzender

Nehringstr. 12
61352 Bad Homburg v.d.Höhe
Tel. +49 (0) 6172 / 2 40 34
Fax +49 (0) 6172 / 2 40 35

E-Mail:
post@spd-badhomburg.de
Internet:
www.spd-badhomburg.de

Taunus-Sparkasse
BLZ 512 500 00
Konto 23 100 479



SPD

Antworten der SPD Bad Homburg auf den Fragenkatalog des Vereins Landschaftsschutz Platzenberg e.V.

Zu Frage 1.1:

Die Bad Homburger SPD setzt sich für den Erhalt der Pestalozzi-Schule in Bad Homburg ein. Da die notwendige Erweiterung am derzeitigen Standort leider nicht möglich ist, muss sie an anderer Stelle realisiert werden. Die vorgesehene Fläche ist schon seit Jahren im überörtlichen Flächennutzungsplan für einen Schulbau vorgesehen und aus derzeitiger Sicht geeignet. Andere Flächen, die für eine Ansiedlung dieser Schule in Betracht kommen, sind gegenwärtig im Bad Homburger Stadtgebiet nicht erkennbar. Im Zuge des Bebauungsplanverfahrens sind jedoch von der Stadtverwaltung Alternativen aufzuzeigen, mit denen wir uns bei den anstehenden Beratungen in den Gremien der Stadtverordnetenversammlung eingehend auseinandersetzen werden.

Zu Frage 1.2:

Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Die Stadt Bad Homburg muss daran interessiert sein, attraktive Angebote für die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen zu bieten, und zwar in der kompletten Bandbreite der möglichen Schularten. Deshalb haben wir schon die Abwanderung der Georg-Kerschensteiner-Schule sehr bedauert und wollen keine weitere Schule verlieren.

Zu Frage 2:

Nicht jede unbebaute öffentliche Fläche ist für die Nutzung als Schulstandort verwendbar. Erwerben muss diese Fläche im Übrigen der Hochtaunuskreis als Schulträger, der selbstverständlich auch den gesetzlichen Grundsätzen der Haushaltsführung unterliegt. Auch unter dem Aspekt, dass sie sich im öffentlichen Eigentum befinden, sind alternative und geeignete Flächen im Bad Homburger Stadtgebiet zurzeit nicht erkennbar.

Zu Frage 3:

Eine weitere Bebauung des Platzenbergs war und ist nicht Ziel der SPD für die weitere Entwicklung in der Berliner Siedlung. Wir wenden uns genau wie Sie gegen eine Versiegelung von Flächen in dem Bereich des Platzenbergs. Hier soll weiterhin in vollem Umfange Natur und Freizeitnutzung erhalten bleiben. Eine weitere Bebauung wird von uns ausgeschlossen. Der Flächennutzungsplan ist entsprechend zu korrigieren und der Bebauungsplan hat die entsprechenden Festsetzungen für die Sicherung und den Schutz der Freiflächen am Platzenberg zu treffen. (Ggf. Ergänzung bzgl. Landschaftsschutzgebiet Osttaunus).

Zu Frage 4.1:

Die grundsätzliche Vorauswahl des Standorts ist erfolgt und wird auch von uns unterstützt. Im Rahmen des weiteren Verfahrens sind nun Untersuchungen und Gutachten anzufertigen, auf deren Basis erst eine endgültige Entscheidung getroffen werden kann. Dabei wird auch die mögliche Belastung der Anwohner mit Verkehrslärm ein Untersuchungs- und Entscheidungskriterium sein.

Zu Frage 4.2:

Eindeutig nein. Umfassende Verkehrsberuhigung ist ein Ziel unserer Politik, dies gilt natürlich auch für die Berliner Siedlung und konkret für den Bommersheimer Weg und die Berliner Strasse.

Zu Frage 4.3:

Diese Frage und weitere Fragen der Verkehrsführung und -regelung müssen dann diskutiert werden, wenn die zu erwartende verkehrliche Belastung bekannt ist. Ein Halteverbot kann dann möglicherweise die Situation verbessern. Gleichzeitig sind aber auch andere Maßnahmen im Bommersheimer Weg und der Berliner Strasse denkbar und zu prüfen.

Zu Frage 4.4:

Staus sind Ausdruck einer ungenügenden Verkehrsplanung und -steuerung. Gerade in Wohngebieten muss es gelingen, Staus zu verhindern. In Kauf zu nehmen sind Staus selbstverständlich nicht.

Zu Frage 5.a und 5.b):

Ein Schulneubau am vorgesehenen Standort muss sich in die örtlichen Gegebenheiten einfügen. Bebauungsstruktur, Bauhöhen eines Neubaus und die Freiflächengestaltung müssen im Wesentlichen auch aus dem Ergebnis der klimatologischen Prüfungen folgen. Wir erwarten hierzu nachvollziehbare und belastbare Aussagen in dem zu erstellenden Umweltbericht. Dies gilt ebenso für die Auswirkungen hinsichtlich der Verkehrsbelastung und der damit verbundenen Lärmimmissionen.